



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

UNZUFRIEDENHEIT IN OSTDEUTSCHLAND GEWACHSEN

29.01.2009 Fachinformation

Die Bürger in Ostdeutschland zeigen sich seit dem Jahr 2000 wieder deutlich unzufriedener mit ihrer und der gesellschaftlichen Situation. Gleichzeitig sind ihre Hoffnungen und Erwartungen erneut gesunken. Das sind die Hauptergebnisse des kürzlich vom Sozial- und Wohlfahrtsverband Volkssolidarität vorgestellten "Sozialreport 2008". Die repräsentative Studie zu den Auffassungen der Bürger in den neuen Bundesländern bzgl. ihrer sozialen Lage und Entwicklung wurde im Auftrag des Verbandes vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg (SFZ) e.V. erarbeitet. Für sie wurden rund 2.900 Bürger ab 18 Jahren in den neuen Bundesländern und Berlin befragt. "Die Zufriedenheit, die Hoffnungen und Erwartungen der Ostdeutschen sinken seit 2000", erklärte der Bundesgeschäftsführer der Volkssolidarität Dr. Bernd Niederland. Danach ging der Anteil der mit der eigenen gegenwärtigen Lebenssituation Zufriedenen von 59 Prozent im Jahr 1999 auf 39 Prozent im Jahre 2008 zurück. Besonders die über 50-Jährigen seien so skeptisch wie zuletzt 1990. "Schuld daran sind die über Jahre andauernden unsozialen und ungerechten Reformen der Politik mit ihren zum Teil drastischen Einschnitten in die Lebenslagen und die Lebensqualität der Bürger", so Niederland. Die Mehrheit der Bürger sieht sich der Studie zufolge als Verlierer der Sozialreformpolitik (57 % insgesamt, 67 % der 50- bis 60-Jährigen, 82 % der Arbeitslosen). "Die Ostdeutschen fordern aber keineswegs mehr Sozialleistungen, sondern zunächst mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit", betonte Niederland. "Zugleich wollen sie, dass die solidarischen Sozialsysteme erhalten und gesichert werden." Immer mehr Bürger in Ostdeutschland seien sozial verunsichert. Wer im Osten seine Arbeit verliere, sei viel seltener in der Lage wieder in Arbeit zu kommen und seine bisherige Einkommensposition wieder zu erlangen. Für über 35-Jährige komme Arbeitslosigkeit in der Regel einem sozialen Absturz gleich. Für die über 50-Jährigen sei ein Wiedereinstieg in berufliche Tätigkeit besonders schwierig. Außerdem könne kaum noch etwas für die Altersvorsorge getan werden. Vor allem die Armut werde als reale Bedrohung empfunden. Eine der Folgen: "Immer mehr Bürger haben immer weniger Interesse an Politik und Demokratie". Niederland warnte: "Das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt." Der Studie zufolge ist für viele Ostdeutsche die soziale Einheit nicht vollendet. Nur vier von zehn Bürgern der neuen Bundesländer sehen sich als Gewinner der Vereinigung, mehr als ein Viertel, sehen sich eher als Verlierer (28 Prozent). "Nur 22 Prozent der Befragten verstehen sich als 'richtige Bundesbürger'", gab Niederland die Ergebnisse wieder. "Rund zwei Drittel der Bürger fühlen sich noch nicht völlig heimisch in der Bundesrepublik - bei deutlichen Unterschieden zwischen den Altersgruppen." Vorhandene Wünsche nach einer "Restaurierung" von DDR-Verhältnissen (11 Prozent) seien "vorrangig die Folge von sozialen Gegebenheiten wie Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen".

<https://bbu.de/beitraege/unzufriedenheit-ostdeutschland-gewachsen>